

Klettgaugemeinden im Streit um den Polizeiposten

von Hubert Roth

„Die Polizei hat die Aufgabe, den Einzelnen und das Gemeinwesen vor drohender Verletzung von Recht und Ordnung zu bewahren und rechts- und ordnungswidrige Zustände zu beseitigen, soweit dies im öffentlichen Interesse geboten ist.“ Mit dieser noch heute geltenden polizeilichen Zielsetzung entwickelte sich in den demokratischen Staaten im Laufe der Zeit die Polizei zum „Freund und Helfer“ des Bürgers. Doch die rechtschaffenden Einwohner erstrebten offensichtlich bereits schon um die Jahrhundertwende 1800/1900 zur geborgenen Obhut eine polizeiliche Nachbarschaft. Schließlich erwartete man auch damals schon von ihr die Gewährleistung der Sicherheit und den Schutz des Vermögens - und nur Gesindel und Lausbuben legten, damals wie heute, auf die örtliche Präsenz der Gendarmerie, wie man die Polizei damals hierzulande noch nannte, keinen Wert.

Auch die Gemeindevertreter sahen damals schon ihren Ort kommunalpolitisch aufgewertet, wenn er Standort einer Polizeistation war und es ist kein Erscheinungsbild der Neuzeit, wenn sich Gemeindebehörden um die Stationierungsgunst streiten und mit Standortvorteilen buhlen. Was sich in einer solchen Angelegenheit vor rund 100 Jahren im badischen Klettgau zwischen zwei Gemeinden in dieser Sache abspielte, ist vom Kerngehalt her also weiß Gott auch heute noch denkbar: der Streit um den künftigen Sitz des Polizeipostens.

Nur der Stil, die Art und Weise, wie dies alles ausgetragen wurde, das ist wohl nicht mehr wiederholbar. Die Einmaligkeit der damaligen Vorgänge und die Verwendung der Argumente und Stilmittel können nur verstanden werden, wenn man um die Qualität der einstigen Beziehungen der beiden betroffenen Gemeinden weiß, die sich über Jahrhunderte hinweg nicht nur nie grün waren, sondern sich gegenseitig im Eifer des Konkurrenzneides stets zu übervorteilen suchten. Dabei wurden allerlei Mittel eingesetzt, die alle eines gemeinsam hatten: ihre Qualität schloss ein gemeinsames und klärendes Gespräch stets geradezu aus.

Es waren die einst selbständigen und seit 1971 einträchtig kommunalpolitisch in der Gemeinde Klettgau freiwillig vereinten Gemeinden **Erzingen** und **Grießen**, die in der Vergangenheit ein Verhältnis besonderer Art pflegten, das von Rivalität, Neid, Aktion und Reaktion geprägt war. Das Repertoire für den kommunalpolitischen Umgang miteinander beinhaltete von der Stichelei über Listig- und Hinterlistigkeiten bis hin zum oberbehördlichen Schlagabtausch so ziemlich alle Kategorien menschlicher Schwächen. Dies war zwar der Sache selten förderlich, doch der einst unstillbar erscheinenden Streitlust offenbar zuträglich. Mit den eigenen Errungenschaften der Nachbargemeinde übertrumpfen - und diejenigen der anderen Gemeinde nach Möglichkeit abzujagen: das artete in der Vergangenheit gelegentlich fast zu einem kommunalen Wettbewerb aus, der einigen Stilblüten produzierte. Rückblickend aus dem längst befriedeten Bereich heraus betrachtet, muten diese Ereignisse wie Anekdoten an. Doch damals vor 100 Jahren noch, da war es tiefer Ernst, wie der Streitfall um den Sitz der „Großherzoglichen Polizeistation Grießen“ aus dem Jahre 1913 noch zeigen wird.

Der Streitfall

Der badische Klettgau zu großherzoglicher Zeit im Jahre 1913: Das großherzogliche Gendarmeriekorps hatte seinen Distriktsitz in Konstanz, die Stadt Waldshut war Bezirksstelle und in Grießen befand sich eine Polizeistation die für alle Gemeinden des badischen Klettgautales zuständig war.



Der Standort Griesen wurde plötzlich nach 50-jährigem Bestehen in Frage gestellt und Erzingen an seiner statt favorisiert. Wie die Akten des Streitfalles aufzeigen, war der Ausschlag hierfür ein Rapport des großherzoglichen Oberwachtmeisters Baumann bei seinen Waldshuter Vorgesetzten Amtsvorstand Dr. Korn und Staatsanwalt Mehl, in dessen Verlauf diese äußerten,



Badische Gendarmerie um 1900

„es läge im dienstlichen Interesse, dass die Station Griesen nach Erzingen verlegt werde.“ Im Bericht vom 05.09.1913 wurde dafür dann auch die Begründung geliefert. Es heißt dort, *Erzingen habe 1272 und Griesen 861 Einwohner. Auch befänden sich in Erzingen zwei Fabriken, Ziegelei und Seidenweberei, die Landesgrenze zur Schweiz, die Bahnlinie und die Landstraße Konstanz-Basel verliefen unmittelbar am und durch den Ort. Diese Gegebenheiten und die Notwendigkeit einer Überwachung des „ständigen*

Saccharinschmuggels anempfehle, die Station von Griesen nach Erzingen zu verlegen“.

Ob und wie die Erzinger, die zur Erreichung ihrer Ziele selten Mittel scheuten, an der „Geburt“ dieser Standortüberlegungen beteiligt waren, lassen die Akten nicht erkennen. Hingegen findet sich jedoch postwendend die bereits eine Woche später schon zu Papier gebracht empörte Reaktion des Gemeinderates von Griesen, der von diesem Vorhaben über die Zeitung erfahren musste, was eine Überraschungsaktion vermuten lässt. Hatten die Erzinger hinter den Kulissen wieder einmal versucht, den Griesener „das Wasser“ abzugraben? In einer fünf Seiten umfassenden Eingabe an das Großherzogliche Bezirksamt Waldshut vom 11.09.1913 wiesen die Griesener Gemeinderäte *auf die seit 50 Jahren bestehende beanstandungslose Polizeipräsenz im Marktflecken hin und zeigten wortgewandt und blumig dessen zentrale Standortvorteile auf, die ein Erreichen ihrer Polizeistation aus den umliegenden Gemeinden zu Fuß in ein bis eineinhalb Stunden und per Rad in 15 bis 20 Minuten gewährleiste. Erzingen, am östlichen Ende des Bezirkes gelegen, könne daher nicht „im Interesse des Publikums“ gelegen sein, - meinten die Griesener.*



Ortsansicht von Griesen um 1900

Die Nähe zur Schweiz habe nicht nur Erzingen, sondern genauso auch Griesen aufzuweisen, das Nachbarland sei schließlich von Griesen aus in nur zehn Minuten erreichbar. Und übrigens, meinten die Griesener wohl nicht zu unrecht, *könne das in großer Zahl in Erzingen stationierte Grenzpersonal den dortigen Schmuggeleien gefälligst selbst abhelfen, das sei schließlich nicht Sache der Polizei. Außerdem dürfe die industrielle Entwicklung von Erzingen, die übrigens auch in Griesen eingeleitet sei, nicht zu einer Bevorzugung von Erzingen führen.*

Abschließend wurden die monatlichen Markttag ins Feld geführt, welche die Anwesenheit der Polizei erforderlich mache, hinzu käme noch die „Naturalverpflegungsstation“ (die einstige Notherberge für Durchreisende), welche „einer täglichen Revision bedürfe, um den Zugang von unsauberen Reisenden in Grenzen zu halten“, die in nicht unerheblicher Zahl auch auf der Straßenroute Griefßen-Bühl-Hüntwangen-Zürich verkehren würden. Auch wirtschaftliche Überlegungen stellten die Griefßener Gemeindeväter für das örtliche Gewerbe an. Man meinte, dass ein ersatzloser Wegzug von zwei Beamtenfamilien ein „außerordentlicher Schaden für die Griefßener Geschäftsleute“ darstellen würde. Nachdem man die Steueraufseherstelle Griefßen 1912 bereits begründungslos geschlossen habe, sähe sich der Gemeinderat von Griefßen veranlasst, sich gegen „neuerliche Bestrebungen ganz entschieden zu wehren.“

Ironie aus Erzingen

Diese Stellungnahme der Gemeinde Griefßen gelangte nun in das Erzinger Rathaus und der dortige Gemeinderat nahm darauf am 06.11.1913 dazu Stellung. Wie zu erwarten war, wandten sich die Erzinger wiederum entscheiden gegen die Griefßener Argumente und wiesen sie entrüstet zurück. Im Schreiben heißt es:



Erzingen, Hauptstraße um 1900

„Wir verlangen durchaus keine Vorrechte vor der Gemeinde Griefßen, welche schon längst der irrigen Meinung ist, es sei viel näher von Erzingen nach Griefßen als von dort nach Erzingen“. Dass aber Griefßen näher an der Schweiz läge und in viel größerem Umfange mit der anstoßenden Schweiz zu verkehren habe, das

sei in Erzingen bisher nicht bekannt gewesen“.

Die Erzinger Gemeinderäte hoben nach ihren ironischen Nebenbemerkungen vor allem auf die vielen in Erzingen wohnenden und arbeitenden Ausländer ab, „unter denen sich manchmal zweifelhafte Elemente“ befänden“. Dass Griefßen den Mittelpunkt des badischen Klettgau für sich reklamieren konnte, stieß bei solchen Gelegenheiten den Erzingern immer wieder bitter auf, vor allem wohl, weil sie diese Tatsache nicht entkräften konnten. Wie gerne sie es getan hätten, spricht förmlich aus den Zeilen des Schriftwechsels.

Auch der Staatsanwalt nahm Stellung

In den Akten befindet sich auch eine Stellungnahme der seinerzeitigen großherzoglichen Staatsanwaltschaft Waldshut, die sich auch für eine Verlegung der Polizeistation nach Erzingen aussprach und die noch abschließend auf folgende für wichtig gehaltene Gegebenheiten hinwies: „Zwar haben die Griefßener, wie keine Gemeinde des Landgerichtsbezirkes, ewig Zank und Streit miteinander und bezichtigen sich gegenseitig der schwersten Straftaten. -

Aber meistens kommt nichts dabei heraus, entweder weil die Bezeichnungen grundlos sind, oder weil die Behörde dann, wenn mit der Untersuchung Ernst gemacht wird, doch keine Unterstützung bei der Bevölkerung findet ... Den Dienst kann die Gendarmerie aber genauso gut von Erzingen aus besorgen, vielleicht von dort insofern besser, als sie nicht unmittelbar in den Griefener Stänkereien und Reibereien drinnen steht“.

Die Entscheidung

Schließlich scheiterte die Verlegung aber an der Wohnungsfrage. Der enorme Zuzug von Fremdarbeitern zu den Erzinger Industriebetrieben, die seinerzeit über 500 Beschäftigte hatten, bewirkte in Erzingen eine starke Wohnungsverknappung. Die Erzinger waren, was die Wohnungsbeschaffung anbelangte, mit dem Rücken an der Wand: sie konnten schlussendlich für die zwei Polizeifamilien keine Wohnungen anbieten. Also, beschloss die Waldshuter Behörde nach Anhörung des Bezirksrates, bleibe alles beim Alten. Der Marktflecken hatte den Kampf gewonnen, die Erzinger schossen sich ein Eigentor.

Einst und jetzt

Wie sehr sich in den nunmehr über 100 Jahren die Welt veränderte, merken wir nicht nur am großen Weltgeschehen, sondern vor allem auch im engeren heimischen Umfeld. Doch dazu müssen wir uns der Vergangenheit und ihren Ereignissen stellen, auch diese historischen streiterfüllten Gegebenheiten ungeschminkt zur Kenntnis nehmen und sie an den heutigen Verhältnissen, an unserem eigenen Verhalten darüber hinaus, messen.

Schlussbemerkung:

Auch dieser dumme Streitfall zeigt neben vielen anderen Beispielen einmal mehr, dass es eigentlich völlig falsch ist, stets von der sogenannten „guten alten Zeit“ zu reden. Die geschilderten Beziehungen zwischen Erzingen und Griefen haben sich längst entkrampft und sind einem einträchtigen Miteinander gewichen. Dies allein lässt es auch zu, gemeinsam und konstruktiv einer Gemeinde zuzugehören und nunmehr lächelnd auf die streiterfüllte Vergangenheit zurückblicken. Adieu, „gute alte Zeit“, - die „neue Zeit“, ist uns lieber. (H. R.)